

Transnationale Strukturen, Biografien und Identifikationen

Die Beantwortung der Forschungsfrage, wie transnationale Migrationsmuster im Fall der deutsch-(post-)jugoslawischen Migration aussehen, beginnt mit der Ankunft der ersten Migrantengeneration. Gezeigt wird, wie der autoritäre Staat Jugoslawien die Freiheiten seiner Bürger in Deutschland einschränkte. Migranten mussten sich gelegentlich auch in der Ferne opportun verhalten, falls sie ihren Reisepass behalten und später remigrieren wollten. Diese staatliche Machtfülle verlor im Laufe der Zeit an Umfang. Nicht allein weil Jugoslawien sich auflöste, sondern auch weil Demokratisierungsprozesse grundsätzlich mit Freiheitsgewinnen einhergehen. Aber nicht allein der Staat integrierte seine Emigranten, sondern sie trafen auch selbst Entscheidungen, die ihre Freiheitsgrade langfristig einschränkten. Das zweite Unterkapitel wird diese Entscheidungen sowohl anhand des sogenannten muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts als auch anhand von Immobilieninvestitionen thematisieren. Dabei ist es spannend zu sehen, wie mit Ungleichheits- und Ungerechtigkeitserfahrungen umgegangen wird. Denn während Eltern und eine Politik der Anerkennung es gut mit den Kindern meinten, wenn sie sie in den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht schickten, empfanden die Kinder den Unterricht oft als ungerecht. Migration, das wird deutlich, führt zu entrückten Perspektiven auf vermeintlich gleiche Phänomene. Und in Abhängigkeit vom Vergleichshorizont fühlten sich manche ins Joch gespannt, wenn sie zum Hausbau in Jugoslawien gedrängt wurden, wohingegen für andere die Migrationserfahrung eine fast ungebrochene und positive Modernisierungserfahrung ist.

Vielfach gebrochen wurden diese Erfahrungen während der Kriege in den 1990er Jahren. Selbst in Deutschland konnten Migranten nicht unbeteiligte Beobachter bleiben. Manche wurden nolens volens als Beteiligte, also als Handelnde und damit als Schuldige im Krieg identifiziert. Am Beispiel eines Mordes und eines Häusertausches werden die Entfremdungsdynamiken dargestellt. Weil ein Anfang immer schwer zu erkennen ist und weil der Unterschied zwischen

Handeln und Erleben eine Frage der Zurechnung ist, bleiben Schuldfragen oftmals ungeklärt oder werden zur quälenden Hypothek für die Betroffenen. Zurechnungsfragen spielen auch im vierten Kapitel eine wichtige Rolle. Gefragt wird, wie es Familien gelingen kann, über lange Zeiträume und große Distanzen hinweg weiterhin als eine Familie zu gelten. Dabei wird die Kontinuität aber nicht primär durch die Distanz gefährdet, sondern zum Teil durch die neue Wohlstandsasymmetrie in der Familie. Das moderne Familiengebot, alles nur aus Liebe und der Liebe wegen zu tun, gerät unter Druck. Reziprozität ist aufgrund der monetären Asymmetrie fast nicht mehr möglich.

Das fünfte Kapitel über die Kroatische Mission betrachtet einen relevanten Lebenskontext von kroatischen Migranten in Nürnberg. Dabei werden die Grundkonstellationen der Konflikte untersucht, die sich aus scheinbar unversöhnlichen Grundfesten der Beteiligten ergeben. Ähnliche Konflikte finden sich auch in deutschen Kirchengemeinden. Die Migrationslage verleiht dem Streit jedoch eine besondere Dramatik. Ein Einzelfall zeigt abschließend, wie sich diese Konflikte konkret äußern können. Im darauf folgenden sechsten Kapitel wird das Thema Familie und Migration abermals aufgenommen. Am Beispiel der Familie Lajić wird demonstriert, wie sich eine Migrationsgeschichte gleichsam nach hinten aufrollt, nachdem erst die Töchter nach Kroatien migrierten und die Eltern bald folgen werden – ein interessanter Fall von einer Art rückwärts verlaufender Kettenmigration. Zugleich schließt der Fall eine aktuelle Bedeutung der Familie im Migrationsprozess auf. Die These lautet, dass die Familie noch immer wichtig ist, aber zunehmend als Ressource verstanden wird. Sogar innerhalb der Kernfamilie öffnet sich eine Determinationslücke für individuelle Identifikationsarbeit.

All diese Fälle zeigen an, dass transnationale Migrationsmuster entscheidend von der Strukturentwicklung sozialer Systeme abhängen. Diese Abhängigkeit darf nicht als deterministischer und kausaler Zusammenhang verstanden werden. Angedeutet wird damit zunächst nur, dass der Glaube an eine individuelle Durchgriffskausalität eingeschränkt werden muss. Zugleich eröffnet sich eine individuelle Determinationslücke, weil von Personen erwartet wird, eigene Entscheidungen zu treffen. Genau dies wird im siebten Kapitel überdeutlich. Thematisiert werden Migranten aus der sogenannten zweiten Generation, die einen Teil ihrer Ausbildungsphase in Kroatien verbrachten oder noch verbringen. Die Gründe dafür sind vielfältiger Art, doch bei einem auffallend großen Teil ist zu erkennen, dass ihnen Aufstiegsmöglichkeiten in Deutschland versperrt waren. Beispielsweise vereitelte der Numerus clausus im Wunschstudienfach die soziale Mobilität. Ein anderes Mal hätten die Kosten für die Modeschule das familiäre Budget gesprengt. Transnationale Aktivitäten, konkret die Ausbildung in Kroatien, sind dann als Ausweg aus dieser Mobilitätsfalle Deutschland zu verstehen, denn in Zagreb begrenzt eventuell kein Numerus clausus die Studienplätze in Psychologie und der Ausbildungsplatz an der Modeschule ist kostenlos. In direkter Auseinandersetzung mit dem theoretischen Streit um Assimilation vs. Transnationalität wird hier die These aufgestellt, dass transnationale Aktivitäten einen Weg hin zur

strukturellen Assimilation bedeuten können. Im Alter sinkt die Notwendigkeit im Hinblick auf zukünftige Inklusionschancen bestimmte Dinge zu tun oder zu lassen. Insbesondere das Ziel der Erwerbstätigkeit ist keines mehr, sodass aktuelle Entscheidungen nicht mehr die Grundlage für spätere Einstellungen oder Kündigungen sein werden. Dennoch müssen auch alte Menschen situationsspezifisch bestimmte Erwartungen erfüllen, wenn sie an der Kommunikation teilnehmen wollen. Genau dies soll abschließend geschildert werden.

Diese Gliederung ist nicht die einzig denkbare. Die Vielfalt der Themen und die Individualität der Biografien ermöglichen einen unendlich großen Gliederungsspielraum. Die hier gewählte Gliederung ermöglicht zweierlei. Erstens vermittelt sie ein fallbezogenes Verständnis von transnationalen Migrationspraktiken im deutsch-(post-)jugoslawischen Kontext, indem sie versucht, Aspekte der Migrationsbiografien und -erlebnisse darzustellen. Das grundsätzliche Auswahlkriterium ist und bleibt dabei die Relevanz. Zweitens erlauben die grundsätzlich herausgearbeiteten Thesen eine Übertragung auf andere Migrationen oder allgemeine soziale Phänomene, ohne dass hier versucht wird, die außerwissenschaftliche Welt zu zähmen. Nicht Gesetze oder Kausalitäten, sondern Prinzipien sollen vorgeführt werden.

Ein Anfang – Wie Jugoslawien Jugoslawen in Deutschland integrierte

Nach den Wanderungsgründen der ersten Migrantengeneration muss nicht mehr in extenso gesucht werden. Zwar reicht es schon lange nicht mehr aus, die Geschichte der Arbeitsmigration allein unter den Aspekten Lohndifferential und Arbeitsmarkt zu betrachten, doch auch die anderen Gründe und Motive zum Bleiben und zum Wandern erfuhren zwischenzeitlich gebührend Aufmerksamkeit. Dabei wurden insbesondere die politischen Verträge, Netzwerkeffekte, kumulative Verursachungen und Familienzusammenführungen, aber auch Emanzipationsdrang und Abenteuerlust betont. Vielfach gingen diese Gründe mit dem Wunsch einer späteren Remigration einher. Die Migrationsgeschichten meiner Interviewpartner affirmieren diese Erklärungsansätze mit unterschiedlichem Gewicht. Nun ist auch Affirmation eine Erkenntnis, aber eben keine interessante. Es gibt aus den Anfangsjahren der Migration jedoch ein Themenfeld, das bisher kaum beachtet wurde, in den Interviews aber regelmäßig auftauchte. Allgemein geht es um die Bedeutung von nationaler Politik, um Transnationalität und um die Auswirkungen auf die migrante Alltagswelt. Zielgerichteter gefragt und im Wissen um die Antwort soll ergründet werden, wie ein Nationalstaat seine im Ausland lebenden Staatsbürger integrieren kann. Integration wird hier als Reduktion von Freiheitsgraden verstanden. Dass dies prinzipiell möglich ist, steht außer Frage, denn die Grenzen von sozialen Systemen werden im Medium Sinn gezogen. Das Territorialprinzip der Staatlichkeit interveniert zwar an manchen Stellen

und suggeriert eine hohe Bedeutung von Materialität, doch das ändert nichts am Grundsätzlichen. Die körperliche Abwesenheit vom eigentlichen Staatsgebiet – die migrante Situation – garantiert nicht die Freiheit von diesem Staatssystem. Wie gestaltete sich die Lage im Fall der Migration aus Jugoslawien? Der historische Rückblick wird zugleich erkennen lassen, welche Veränderungen sich mit der Durchsetzung des Primats funktionaler Differenzierung für Migrationskarrieren ergeben. Die Ungleichzeitigkeit der demokratischen Entwicklung in Deutschland und in Jugoslawien beziehungsweise die Demokratisierung in den Nachfolgestaaten, lassen die Unterschiede deutlich hervortreten.

Ein sozialistischer Staat, wie Jugoslawien der Selbstbeschreibung nach einer war, hat einige Mühen, die Emigration von Staatsbürgern ins kapitalistische Ausland mit sozialistischen Zielen zu versöhnen. Der alte und nun aktualisierte Spruch ‚Trbuhom za kruhom‘ (mit dem Bauch zum Brot) musste herhalten, um die Emigration staatlicherseits zu legitimieren. Ansonsten hätte sie als Flucht von und Verrat an der sozialistischen Idee gelten müssen. Wenn nur der Bauch zum Brot geht und die Heimat nur der Not halber verlassen wird, dann, so die Logik, sind Herz und Verstand noch im Vaterland. Und so galt Emigration in der offiziellen Diktion als vorübergehende, die Not lindernde Erscheinung. Das zumindest war die *sozialistisch-politische* Deutung und es gab selbstverständlich andere Deutungen. So wie der Staat seine Bürger (und deren Rücküberweisungen) nicht verlieren wollte, wollte die kroatisch-katholische Kirche ihre Schäfchen nicht verlieren. Die kirchliche Legitimationslogik nahm indes fundamental differente Attributionen vor. Nicht allein die wirtschaftliche Not, sondern vor allem die sozialistische Herrschaft war der Grund, weshalb Katholiken emigrieren mussten. Ob nun Staat, Kirche, Familie oder andere, viele spannen mit ihren Attributionen einen bedeutsamen Rahmen für die individuellen Biografien auf und nötigen jeden einzelnen, die Migrationsentscheidung in mehrfacher Hinsicht zu legitimieren. Versagt auch nur eine Legitimationslogik, so droht das gesamte Migrationsprojekt als unsinnig oder dumm verschrien zu werden. Letztendlich bleibt es aber unmöglich, Kausalattributionen vorzunehmen. Die ökonomische Lage war für viele ein ausreichender Antrieb das Land zu verlassen. Aber waren sie deshalb nicht alle politische Flüchtlinge, weil die politische Verfassung Jugoslawiens für die Wirtschaftslage verantwortlich zu machen ist?

Man wird also vorsichtig sein müssen, wenn es um Gründe geht. Es ist auf jeden Fall erstaunlich, wie selbst diejenigen, die so offensichtlich um ihre Chance auf dem ‚Arbeitsmarkt‘ betrogen wurden, weil sie sich politisch abweichend äußerten, diesen Aspekt in den Hintergrund treten lassen. In diesem Fall muss die Arbeitsmigration als ein Ausweg aus der politisch verstellten Lage verstanden werden. Wie aber nun integrierte Jugoslawien seine Staatsbürger in *Deutschland*? Waren es die vielfältigen normativen Inanspruchnahmen des Staates? Waren es also die Diskurse, die Migranten einengten und dazu veranlassten, politisch opportun zu handeln? Die Stoßrichtung der Frage ist en vogue, doch bei an Diskurstheorien angelehnten Erklärungsansätzen bleibt die Frage nach der Wirk-

samkeit offen oder ungeklärt. Dies ist kein Problem, wenn sie ausdrücklich als ungelöst dargestellt wird. Gelegentlich wird aber eine Wirksamkeit über den Konnex Macht-Sprache-Raum behauptet. Diskurstheoretiker sitzen dann ihren eigenen Aussagen auf, weil sie immer von der Wirkmächtigkeit der Diskurse ausgehen. Aber bei den als machtvoll und handlungsleitend beschriebenen Diskursen bleibt die Frage nach dem Ort der Macht offen. Was passierte denn, wenn Adrijana Kalčić, Dunja Tomašević, Jagoda Lajić und Vesna Babić nicht auf den politischen Diskurs hörten? Um diese vier Frauen soll es im Folgenden gehen. Ihre unterschiedlichen Geschichten zeigen allesamt, dass es für sie keine vollkommene Freiheit von Jugoslawien gab, dass, emphatisch gesprochen, „[d]iejenigen, die politisch dachten und handelten, dieses in Angst vor dem ‚ausgestreckten Arm‘ des jugoslawischen totalitären Systems tun“ mussten (Grdešić 2001: 231). Sicher, wer mit Jugoslawien abgeschlossen hatte, dort keine nahen Verwandten mehr hatte, nicht mit einer Rückkehr liebäugelte und Chancen auf eine neue Staatsbürgerschaft hatte, für den gab es Freiheit von Jugoslawien. Wer jedoch zurückkehren wollte, der musste wenigstens einen Teil seiner Handlungen opportun gestalten, um die Schwierigkeiten in einem erträglichen Ausmaß zu halten. Denn solange man Staatsbürger Jugoslawiens war, verfügte der autoritäre Staat über eine fein abgestufte Palette an Druckmitteln, welche den Spielraum jedes Einzelnen limitierte. Dabei war das aus staatlicher Sicht deviante Verhalten juristisch nicht eindeutig codiert. Zahlen über das exakte Ausmaß der Repressalien sind nicht zu finden. Wohl aber gelegentliche Hinweise, die zeigen, dass nach den Ereignissen des Kroatischen Frühlings 1971/72 ‚Gastarbeiter‘ bei ihren Heimatbesuchen intensiv verhört und unter Druck gesetzt wurden (vgl. Meier 1999: 17). Auch in Jugoslawien lebende Familienangehörige hatten unter dem ‚Fehlverhalten‘ von in Deutschland lebenden Jugoslawen zu leiden und mussten sich zum Beispiel in ihrer Berufs- oder Arbeitsplatzwahl einschränken. Die Abwesenheit genauen Wissens darüber limitiert indes nicht die Wirkung und Bedeutung der Druckmittel. Vielmehr liegt gerade in der Abwesenheit von codierten Regeln die eigentliche Gefahr, die fortan mit Willkür beschrieben wird. Wenn eine Gefahr zu berechnen ist, kann sie fortan als Risiko in die Planung eingehen. Die Willkür schöpft ihre Gefahr hingegen aus der Unberechenbarkeit. Nicht umsonst leitet sich das rechtliche Willkürverbot aus dem Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes ab: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, heißt es dort und das bedeutet, dass Gleiches nicht ungleich und Ungleiches nicht gleich zu behandeln ist. Besonders nach Ermessensentscheidungen kann aus diesem Gebot heraus die Wahrscheinlichkeit für die Zukunft berechnet werden. Herrscht Willkür, so geht das nicht. Die Willkür kann aus den migranten Erlebnissen heraus verständlich gemacht werden, doch an welchem Rosshaar hängte der jugoslawische Staat das Damoklesschwert über seinen Migranten auf? Das Schwert hing in den Botschaften und Konsulaten und lautete ‚Passenzug‘! Wer seinen Pass nicht verlängert bekam, für den endete die Möglichkeit eines legalen Aufenthaltes in Deutschland und auch die Arbeitsgenehmigung war mit einem gültigen Pass verbunden.

Wie präsent aber war dies im migranten Alltag in Nürnberg? Wie entwickelten sich Erwartungsstrukturen? Reichte die gezielte Kolportage aus, damit die Leute folgten? Gab es gezielte Kontrollexzesse gegen bestimmte Nationalitäten? Wurden die Pässe letztendlich doch verlängert? Die Erlebnisse und Narrationen der vier Frauen geben Aufschluss darüber. Sie sind der erste wichtige Grundstein, um transnationale Biografien zu verstehen.

Wie Willkür durch Grundsätze beschränkt werden konnte

Adrijana Kalčić wurde als jüngstes von acht Kindern im Jahr 1942 in Zagreb geboren. 1967 entschied sie sich, nach Deutschland zu ziehen. Zu Gesprächsbeginn bitte ich sie, ihre Migrationsgeschichte zu erzählen:

Adrijana Kalčić: Achso, das Grund also warum ich damals aus dem Jugoslawien weg bin, das war die Arbeitslosigkeit, ja, das war ja des. Also ich habe da Schwierigkeiten damit gehabt, also wegen sozusagen wegen meine große Gosch, weil ich nicht das Maul halten konnte und dann bin ich rausgeflogen. Weil ich also mit der Diktatur nicht einverstanden gewesen war und dann habe ich einen Stempel in mein Arbeitsbuch gekriegt und dann war es aus.

Sie leitet ihre Geschichte über die Arbeitslosigkeit ein und man könnte zunächst vermuten, dass sie eine gewöhnliche Arbeitsmigrantin ist. Sodann bezieht sie die Arbeitslosigkeit auf sich und führt ihre politische Aktivität als Grund für ihre Arbeitslosigkeit an. Ihre Chancen in Jugoslawien waren also eingeschränkt, hingegen sie in Deutschland verschiedene Möglichkeiten hatte und auch nutzte. Wäre sie alleine in Deutschland gewesen, so wäre auch ihre Lage damit ausreichend geklärt. Sie hätte die Möglichkeit besessen, jederzeit zu remigrieren, hätte aber zugleich Einschränkungen in Jugoslawien in Kauf nehmen müssen. Weil sie aber bereits verheiratet war, reduzierten sich ihre Freiheitsgrade ein weiteres Mal sehr drastisch. Zwar musste ihr Mann keinen Passenzug befürchten, weil er auf dem Weg des Asylverfahrens nach Deutschland gekommen war, doch er hatte einen ehernen Grundsatz: „Mein Mann hat gesagt, also er geht nie zurück solange der jugoslawische Staat besteht!“

Und so sollte es sein. Solange ihr Mann lebte und Jugoslawien existierte, war Remigration keine Option für sie. Mit ihrer Maxime umgingen sie die erwartete staatliche Willkür. Ein Passenzug war ohnehin keine geeignete Drohkulisse für Kalčić, weil sie als Ehefrau mit dem sicheren Aufenthaltsrecht ihres Gatten verbunden war. Dennoch mussten auch sie gelegentlich aufpassen und sich der staatlichen Gewalt anbiehern, weil sie ihre Eltern und Verwandten in Jugoslawien regelmäßig besuchen wollten. Um unnötige Konfrontationen mit staatlichen Behörden zu vermeiden, organisierten sie stets ärztliche Atteste für den Gatten, sodass er kein einziges Mal seinen Fuß in das verhasste jugoslawische Konsulat setzen musste. Diesbezüglich war das Leben von Adrijana Kalčić wohl sortiert.

Willkür zwischen Konkretem und Abstraktem

Dunja Tomašević ist nicht in der Position, eine für sie und andere so eindeutige Beschreibung zu erstellen. Die sehr unterschiedlichen Rollen und Identitäten, die sie in der Vergangenheit einnahm, kann sie nur mühsam und nur für wenige Augenblicke ausbalancieren. Stabil ist allein ihre Beschreibung als katholische Kroatin. Das bedeutet zunächst nicht viel. Für sie ist damit eine hohe Affinität zur Kroatischen Mission Nürnbergs angezeigt, in der sie seit Jahren aktiv ist. Gestört wird diese Ordnung durch das Thema Ausländerbeirat, in dem sie 1973 Mitglied wurde. Es war übrigens der erste Ausländerbeirat Nürnbergs und nach Wiesbaden der zweite in Deutschland (Heller 2002). Den Beiratsstatuten nach vertrat sie Migranten aus Jugoslawien, gleichwohl sie nur von einem Teil dieser Gruppe gewählt wurde. In diesem Sinne führte der Beirat die politisch-nationale Segmentierung der Weltgesellschaft in den kommunalen Satzungen fort. Die für den Beirat praktikable Segmentierung fand in ihrer Eindeutigkeit nicht überall eine Entsprechung und so dauerte es nicht lange, bis ihre Mandatsidentität ‚Vertreterin der Migrantinnen und Migranten aus Jugoslawien‘ in einem Gewirr unterschiedlicher Ansprüche und Erwartungen umkämpft wurde und sie als Person zwischen die Fronten geriet.

Während des Interviews schildert sie zunächst den Handlungsraum. Über die Reifizierung von innerstädtischen Raumstellen führt sie die wichtigsten Spieler ins Feld, lässt eine geordnete und sichtbare Welt entstehen. Dabei werden die Gebäude des jugoslawischen Konsulates zum Feindesland, hingegen die Räume der Kroatischen Mission heimatlichen Schutz bieten. In dieser so geordneten Welt entsteht nun die Bedrohung:

Dunja Tomašević: [...] Verstehen sie, die [vom Konsulat] waren ja Feinde und so. Das waren schon so Geschichten, wo man dann auch mit Nachdruck da dann hat mitarbeiten müssen, und praktisch die Kontakte zu der Mission etwas seltener gestalten hat müssen und seine gesamte Arbeit, und die Schwerpunkt der Arbeit hat man ja so verlagert, dass man ja ständig irgendwelche Kontakte mit dem Konsulat oder mit den ähnlichen Stellen hatte oder mit den Leuten, die viel mit den Konsulaten arbeiten. Sie wissen, dass die Leute nicht nur so für Konsulate gearbeitet haben, die dort angestellt waren, sondern die haben dort auch ihre Leute gehabt, die sonst auch... Also verstehen sie?

PG: *Mmmh.*

Bereits in dieser kurzen Passage bricht die trennende Ordnung zwischen hier und dort zusammen. Die Bedrohung zwischen den sichtbaren Gebäuden ist nicht zu greifen. Dass diese Bedrohung nicht zu greifen ist, liegt aber keinesfalls an sprachlichen Schwierigkeiten. Auch auf Kroatisch würde sie sich ähnlich obskur und undurchsichtig ausdrücken. Die Unaussprechlichkeit von ihr gewiss bekannten Bezeichnungen, für das was ich vermutlich verstehen soll – also Spion, Agent, Schnüffler oder Spitzel –, verweist selbst auf die Willkür. Sie weiß um die

Willkür, doch weil sie vermutlich nie einen Schnüffler gesehen oder enttarnt hat, kann sie der Willkür keinen Namen geben. Könnte sie es, wäre die Willkür identifiziert und würde augenblicklich aufhören Willkür zu sein. Mit naivem Präzisionsdrang forderte ich sie dennoch zur Konkretisierung auf. Ich glaubte zu paraphrasieren, doch aus ihrem „hat mitarbeiten müssen“ machte ich ein „zusammengearbeitet“:

PG: Wie sah das denn aus, wenn sie mit der jugoslawischen Botschaft zusammengearbeitet haben, hat man sich dann mal gesprochen oder...

Dunja Tomašević: Es war keine Zusammenarbeit! Dass ich sage, dass unter extremen Druck oder Repressalien, wie Pass zurück oder so... Davon kann ich nicht reden. Aber die haben immer verstanden, die Mehrheit für sich zu gewinnen, sodass man mit seinen, eine oder noch einer zusätzlichen Stimme nichts mehr erzwingen konnte, verstehen sie?

Noch immer verstehe ich nicht ganz. Den von mir eingeführten Begriff der Zusammenarbeit weist sie von sich. Zwar ist nicht zu erkennen, wie aus ihrer Perspektive eine faire Semantik lauten könnte, doch dass es irgendwo eine Linie zwischen Freiwilligkeit, Notwendigkeit oder gar Kollaboration gibt, wird nun immer offensichtlicher. Sie möchte den Eindruck verhindern, dass die Arbeit mit dem Konsulat ihr persönlich oder der jugoslawischen Idee nutzte und kroatische Interessen unter den Tisch fielen. Nur wenn das öffentliche Mandat dem Interesse von Migranten diene, gibt es eine Legitimation dafür, dass sie sich dem konsularischen Druck leicht beugte und ihre Aktivitäten in der Kroatischen Mission einschränkte. Damit genau dies deutlich wird, reduziert sie nun die Aussage, dass die Mitglieder des Ausländerbeirats „mit Nachdruck“ zur Mitarbeit angehalten wurden, mit zwei Argumenten. *Erstens* geht es allein um die Herstellung von Mehrheiten und das ist ein urdemokratisches Prinzip. Und *zweitens* reduziert sie an anderer Stelle die Beiratsarbeit in ihrer Bedeutung. Es sei im alltäglichen Beiratsgeschäft nur um städtische Veranstaltungsgelder, gute Beziehungen zu wichtigen Personen sowie um ein grundsätzlich gutes Image gegangen. Mit dieser Relativierung befreit sie sich und die Arbeit im Ausländerbeirat von der politischen Dimension und nimmt Vorwürfen, die auf Verrat und Kollaboration zielen, ihr Gewicht. Ihre Abgrenzungsbemühungen in diese Richtung sind zum einen Ausdruck, mir gegenüber etwas vermitteln zu wollen, aber zugleich auch Ausdruck von Anfeindungen aus der kroatischen Mitte heraus. Extremen Druck hat sie in Nürnberg wohl nie erfahren. Sobald sich aber ihre Erzählungen vom Konkreten entfernen und zum Allgemeinen tendieren, wächst die Bedrohung wieder an:

Dunja Tomašević: [...] Das war einfach damals wichtig, dass man sagen darf, dass man Kroatie ist. Das hat man nicht sagen dürfen. Das war schon einmal verboten. Oder dass man sich mit ein paar Kroaten oder Studenten, dass man sich zusammen setzt oder dass

man irgendwelche Geschichtsbücher liest, das war ja alles verboten, verstehen sie? Wenn man sich schon darüber unterhalten hat, dann war man Staatsfeind!

PG: Und wie wichtig war das denn? Ich meine, man könnte ja sagen, was soll's, dann bin ich Staatsfeind, aber ich lebe in Deutschland.

DT: Aber man hatte ja immer einen Pass und der Pass wird nicht verlängert, man hat auch Angst gehabt und dann hieß es auch immer, die haben einfach einem Angst eingejagt. Es war eben immer wieder einige Leute unter Druck gesetzt – ohne Pass, verstehen sie, was wollen die Leute hier ohne Pass? Verstehen sie? Die werden ausgewiesen innerhalb eines Tages, also man hat spüren müssen.

Um den Wandel zwischen Konkretem und Abstraktem zu verdeutlichen und um die Bildung von Erwartungshaltungen zu verstehen, soll noch eine weitere Passage wiedergegeben werden:

Dunja Tomašević: [...] In den 70er Jahren, also 71 habe ich ja diese ganzen Zeitungen vor der Kirche verkauft und das war damals halt so, vor der Kirche diese Stände mit den kroatischen Zeitungen, das hat man dann halt schnell eingestellt. Weil ich verkaufe nicht am Sonntag die kroatische Frühlingszeitung und am Montag sitze ich im Konsulat und am Dienstag bin ich Bosnien dann wieder oder im Gefängnis, also die haben die Leute da schon sehr eingeschüchtert und es ist ja so auch scheinbar so, dass einige verschwunden sind und man konnte auch nie beweisen, wie die Leute verschwunden sind.

Zunächst fällt in beiden Passagen auf, dass Frau Tomašević zwischen eigenen unmittelbaren Erfahrungen und Erzählungen vom Hörensagen changiert. Im ersten Fall betrifft dies die Aussage, sich zum Kroatentum bekennen zu dürfen einerseits und die Aussage, dass „immer wieder einige Leute unter Druck“ gesetzt wurden, andererseits. In der zweiten Passage erzählt sie einerseits vom Verkauf kroatischer Zeitungen während des Kroatischen Frühlings 1971 und andererseits von der Angst nach Bosnien (ihr Heimatort liegt in Bosnien) abgeschoben zu werden. Festzuhalten ist, dass sie in Deutschland nicht sanktioniert wurde. Keine einzige Passage deutet darauf hin, dass konsularische Angelegenheiten für sie über die gewöhnlichen Komplikationen hinaus bedrohlich wurden. Solange sie also aus ihrer Lebenswelt berichtet, scheint die Lage letztendlich harmlos gewesen zu sein. Wechselt sie jedoch auf die Bedrohungsseite, muss sie mangels Erfahrung abstrakter werden. Aus diesem Changieren zwischen Konkretem und Abstraktem darf keinesfalls geschlossen werden, dass Frau Tomašević eine imaginäre jugoslawische Bedrohung aufbauscht, die es so nie gegeben hat, dass sie die politischen Zeitschriften ruhig weiter hätte verkaufen können und dass die Freiheitsgrade in Deutschland gar nicht eingeschränkt gewesen wären. Es mag sein, dass ihre Aussagen von einem kroatischen Nationalismus eingefärbt sind, doch diese Wertungen verkennen die Grundkonstellation. Bei genauem Lesen der Aussagen von Frau Tomašević fällt auf, dass sie selbst ihre konkreten Erfahrungen mit der abstrakten Willkür verklammert. In der ersten Passage sagt sie: „Die werden ausgewiesen innerhalb eines Tages, also *man* hat spüren müssen“;

in der zweiten Passage sagt sie: „Weil *ich* verkaufe nicht am Sonntag die kroatische Frühlingszeitung und am Montag sitze *ich* im Konsulat und am Dienstag bin *ich* Bosnien dann wieder oder im Gefängnis, also *die* haben *die* Leute da schon sehr eingeschüchtert.“ Zu erkennen ist die Herausbildung von Erwartungsstrukturen. Bei Frau Tomašević führte das dazu, dass sie selbst (ich/man) etwas nicht vollzog, weil andere (die) etwas getan hätten. Ego Tomašević befürchtete von Alter Jugoslawien Repressionen. Diese Beobachtung verweist grundsätzlich auf die Art und Weise der Strukturbildung in sozialen Systemen. Strukturen sind dort vornehmlich als Erwartungsstrukturen zu verstehen und dies beinhaltet die Erwartung *von* Erwartungen. Zwar kann Ego nie wissen, was Alter erwartet und umgekehrt, sodass es zum Problem der doppelten Kontingenz kommt, aber dennoch gelingt die Strukturbildung in sozialen Systemen. Sie gelingt in der Praxis, weil über die Erwartungen bestimmte Aktivitäten selektiert werden und die Systeme so stabil bleiben. Wenn jetzt noch von den Erwartungen abweichendes Verhalten sanktioniert werden kann (Stichwort: Passenzug), stabilisiert sich das System weiter, weil in einer Art vorausseilendem Gehorsam tunlichst jedes unerwünschte Verhalten vermieden wird. Wenn also bereits die Erwartungen für die Systemstabilität verantwortlich sind, dann wird auch verständlich, dass Egos (ängstliche) Erwartungen (z. B. Abschiebung, Gefängnis) von Alter gar nicht täglich vollzogen werden müssen. Zur Machterhaltung Jugoslawiens und zur Kontrolle seiner Bürger auch in Deutschland reichte es aus, wenn gelegentlich ein Pass entzogen wurde. Dass man nicht genau wusste, welche Strafe auf welche Handlung folgte, gehört eben zur Struktur von Willkür und autoritärer Machtausübung. Dass Frau Tomašević so undurchsichtig berichtet, verweist folglich direkt auf diese spezifische Struktur.

→ *Kroatischer Frühling*

In den späten 1960er Jahren ist es noch eine namenlose Bewegung. Erst mit den Ereignissen 1971/72 wird man sich retrospektiv auf den einenden Namen Kroatischer Frühling oder Maspok verständigen und die Begründer der Bewegung in einer Gruppe kroatischer Literaten und Linguisten erkennen. Diese Gruppe hatte sich 1967 zur Eigenständigkeit der kroatischen Sprache geäußert und die offizielle Anerkennung des Kroatischen gefordert. Den Intellektuellen schlossen sich schnell Studierende, politisch Interessierte und zuletzt auch Teile der kroatischen Parteispitze an. Damit wird aus dem intellektuellen Kreis notwendigerweise eine soziale Bewegung, die, um Erfolg zu haben und die Massen mobilisieren zu können, ihre komplexen Grundgedanken nun etwas trivialer konstruieren muss. Die Forderungen beschränken sich nicht mehr auf den Sprachenstreit, sondern prangern auch an, dass Kroatien um die Erträge seines wirtschaftlichen Erfolges gebracht werde, dass die Zentralregierung nichts gegen wachsende Ab- und Auswanderung in die Länder Westeuropas unternehme und dass die kroatischen Wehrpflichtigen in andere Teilrepubliken verschickt würden. Politisch werden mehr republikanische Autonomien, mehr Bürgerrechte und mehr Demokratie

verlangt. Vor diesem Hintergrund wird es verständlich, weshalb sich die Bewegung den Vorwurf eintrug, dass sie lediglich einem kroatischen Nationalchauvinismus huldige. Dieser Vorwurf von der serbischen Seite, wie auch die mildere Charakterisierung als nationaldemokratische Erhebung, ignoriert jedoch das in der Bewegung vorhandene Emanzipationsstreben sowie die intellektuellen Kapazitäten an der Spitze der Bewegung. Der Vorwurf von Serbien führt sich selbst ad absurdum, weil in Kroatien nationale Symboliken verboten waren, die in den Straßen Serbiens längst omnipräsent waren. Die rhetorische Diffamierung reichte zuletzt nicht mehr aus, denn auch Teile der kroatischen Parteispitze sympathisierten mit den Zielen und 1971 verliehen Studierende den Forderungen mit Demonstrationen in Zagreb Nachdruck. Die jugoslawische Regierung fürchtete nichts weniger als die Erosion ihres Machtanspruches und ersetzte die Führungsriege der kroatischen kommunistischen Partei mit neuem Personal. Mitglieder der Bewegung sprechen davon, dass 32.000 Menschen unter ihrem Engagement zu leiden hatten, meist durch Stellenverlust. Die amtlichen Chroniken gaben zu, dass gegen 1.156 Personen Strafverfahren eingeleitet wurden (Meier 1999: 38). In den Folgejahren herrschte ein Klima der Unterdrückung.

Wie die Willkür übersprang

Die Einführung der Geschichte von Frau Jagoda Lajić ist mit einer Besonderheit verbunden. Jagoda Lajić oder Mitglieder ihrer Familie werden in fast allen Unterkapiteln erscheinen. Dies liegt erstens an der Tatsache, dass fast alle Familienmitglieder transnationale Biografien haben, und dass ich zweitens die Mutter in Nürnberg, die Tochter Jasna Lajić in Zagreb und die Tochter Jelena Lajić in Novska (Kroatien) interviewen konnte. En passant lernte ich damit fast alle wichtigen Familienorte kennen. Von dieser Besonderheit abgesehen wird es in den nächsten Passagen weiterhin um die politische Integration gehen. Besonderes Augenmerk wird auf das Überspringen der politischen Willkür in andere Lebensbereiche gerichtet. Damit zum Interviewbeginn:

PG: Vielleicht können sie mir am Anfang einen Überblick über ihre Biografie geben, vielleicht die wichtigsten Stationen, im Großen und Ganzen, damit ich einen Überblick habe über die Familie...

Jagoda Lajić: Aja, kein Problem, ist das schon eingeschaltet das Ding?

PG: Ja, einfach ignorieren.

JL: Ja, also nach Deutschland bin ich 1970 gekommen, und zwar nachdem ich aus dem Gymnasium rausgeschmissen wurde, weil mein Vater schon 1968 nach Deutschland kam und dementsprechend war er gleich Staatsfeind in Ex-Jugoslawien und naja, da wurden wir auch unten aus der Wohnung rausgeschmissen.

Frau Lajić leitet sehr voraussetzungsvoll ein. Ohne die väterlichen Migrationsgründe zu benennen, begründet sie allein mit dem Emigrationsjahr seinen

Status als Staatsfeind. Tatsächlich liegt das Ausreisdatum ihres Vaters vor dem offiziellen Anwerbeabkommen mit Deutschland, also zu einer Zeit in der Jugoslawien nur zögerlich auf Anfragen reagierte. Österreichs Ersuchen, die Beschäftigung jugoslawischer Arbeitskräfte offiziell zu erlauben, wurde noch 1962 abgelehnt. Andererseits hatte Jugoslawien bereits ab Mitte der 1960er Jahre Migration gebilligt und auch erste Amtshilfe geleistet. Jagodas Zeitgrenzen sind also keineswegs auf alle Migranten zu übertragen, doch es ist sehr gut möglich, dass die Migration ihres Vaters die Toleranz der Staatlichkeit überreizte. Obwohl oder weil der Vater in Deutschland lebte, hatte die Familie in Jugoslawien staatliche Repressionen hinzunehmen. Der Besuch eines katholischen Gymnasiums, wie in Jagodas Fall, war ohnehin nicht opportun. Jetzt gipfelte die Strafe für Jagoda im Schulverweis. Damit war der Zugang zu allen weiteren Bildungsinstitutionen blockiert. Als ihnen auch die Wohnung in Sarajewo gekündigt wird, ziehen sie erst zu den Großeltern, ehe Jagoda zunächst alleine ihrem Vater nach Nürnberg folgen wird.

Jagoda Lajić: [...] Und dann war der nächste Schock, denn irgendwie hatte man sich Deutschland als fortschrittliches Land vorgestellt, weil vor uns und dies und jenes und dann kommst du zu deinem Papa und fragst in der Wohnung, wo soll ich überhaupt zur Toilette in diesen drei Räumen. Dann sagt er, na dann gehst du mal einen Stock tiefer und da gibt es eine, also naja, das ist ja trotzdem einen Schritt zurück. Für mich selber war das. Na dann habe ich zu arbeiten angefangen, weil in vielen wurde man ja nicht aufgeklärt, das Wissen was du hast, was du eigentlich noch machen kannst als Jugendllicher, weil ich war ja noch knapp über 16.

Der jugoslawische Staat beschränkt also nicht allein die politische Freiheit seiner Bürger, sondern destruiert gelegentlich willkürlich die Karrieren der Bürger. Indem er die Schulkarriere so abrupt beendet und sie zur Emigration fast nötigt, bringt er Jagoda um Inklusionspotenziale, die einen Aufstieg bedeuten könnten. In Deutschland selbst wird sie aufgrund des finanziellen Drucks und der schlechten Kenntnisse über mögliche Chancen keine Ausbildung mehr absolvieren. Ohne formalen Abschluss fehlt ihr ein zentrales Element des modernen Lebenslaufs (vgl. Solga 2003). Dies wiederum führt dazu, dass sie bis zum Tag des Interviews meistens in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sein wird. Ihrem Mann, den sie in der Kroatischen Mission kennenlernte, erging es ähnlich. Er hatte ein von Priestern geleitetes Gymnasium besucht und sah sich mit schlechten Berufsaussichten konfrontiert, weil die staatliche Regelung besagte, dass ein katholischer Gymnasialabschluss nur dem Hauptschulabschluss gleichgestellt ist. Das sich öffnende Tor der Arbeitsmigration nutzte auch er zum Auswandern. Bis heute ist der Wissens- und Bildungstransfer eine der großen Fragen und Probleme im Migrationsprozess geblieben. Allerdings verliert die Anerkennungsproblematik in vielen Fällen ihre Schärfe. Während die formale Anerkennung in staatlichen Sektoren, inklusive seiner Bildungsinstitutionen, ein anhaltendes Pro-

blem darstellt, emanzipiert sich die freie Wirtschaft zunehmend von allzu restriktiven Vorgaben. Dies ist vielleicht ein zu rosiges Bild, doch es kann auch nicht verkannt werden, dass es insbesondere in Europa zu einem massiven Harmonisierungsprozess gekommen ist. Unbestritten bleibt auch, dass der Wanderungszeitpunkt über den Erfolg mitbestimmt. Für den Fall von Jagoda Lajić ist diesbezüglich festzuhalten, dass sie in Bezug auf ihre Beschäftigungschancen zum denkbar schlechtesten Moment migrierte. Ihre jugoslawische Schulkarriere wurde zerstört, weil auch sie für die väterlichen Handlungen bestraft wurde, die Willkür also von einer Person auf die andere übersprang.

Ähnliche Übersprünge gab es auch in Nürnberg. Interviewpassagen mit der 1971 geborenen Vesna Babić geben Auskunft darüber. Vesna macht deutlich, wie sehr die jugoslawische Idee mit Nachdruck durchgesetzt werden musste, um wenigstens oberflächlich erfolgreich zu sein. Sie blickt zurück auf die 1980er Jahre in Nürnberg und auf ihre Schulzeit in einer zweisprachigen Klasse. Der Tenor ihrer Berichterstattung ist positiv, bis sie sich an ein denkwürdiges Ereignis erinnert.

Vesna Babić: [...] Ich muss sagen, ich habe überhaupt keine negativen Erfahrungen in diesem Bezug gehabt, also die Lehrerin. Der erste Lehrer, der war aus Montenegro, das war ein toller Lehrer. Das war ein alter, toller, strenger Lehrer und ich muss sagen, der war ganz gut. [...] Also ich hatte nur einige... ein Negatives, sage ich einmal, ein Erlebnis in der achten Klasse: Es gab hier jedes Mal, also zu Titos Geburtstag, gab's in Neustadt an der Aisch, ich weiß nicht, so eine Art Gedenkfeier.

PG: *Ja, davon hab' ich in alten Zeitungen gelesen.*

VB: Ja, ganz so, so ganz, ganz schlimm! Und auf jeden Fall mussten wir alle antanzen und das war so, also okay, ich war zweimal, also das mit ‚Müssen‘ ist auch so eine Sache. Es wurde immer gesagt. Ich war zweimal, einmal in der achten Klasse, und einmal davor, ich weiß es nicht mehr. Nein ich lüge, denn in der achten Klasse war ich eben nicht und meine Lehrerin hat dann nämlich zu mir gesagt, ich habe äh, in Geschichte stand ich zwischen Eins und Zwei und sie hat dann eben gesagt: ‚Naja, wenn du kommst, dann bekommst du eine Eins!‘ Und ich bin nicht gekommen und habe eine Zwei bekommen und das war das einzig negative Erlebnis. [...] Ich als Kind kann nicht sagen, dass ich da jetzt irgendwie verserbt wurde oder so etwas! //Lacht//

Vermutlich erinnert sie sich an das Jahrestreffen 1986. Ich selbst hatte einen Zeitungsartikel über dieses Treffen von 1988 im Kopf. ‚Jugoslawen tanzen in den Mai‘ lautete die Überschrift und geschildert wurde, wie sich die Jugoslawen zu einem jährlichen Treffen einfanden, das besonders von den jugoslawischen Clubs Nordbayerns ausgerichtet wurde. Der Titel des Artikels ist vielleicht korrekt, weil nur die kamen, die sich selbst als Jugoslawen bezeichneten. Wer dagegen erwartete, dass alle Staatsbürger Jugoslawiens in den Mai tanzten, wird enttäuscht gewesen sein. Auch Politprominenz war präsent. Der deutsche Landrat beschwor die Freundschaft von Deutschen und ‚Gastarbeitern‘ und Tomic Dragan, Präsident des Sozialistischen Bundes der Werktätigen aus Belgrad, forderte

die Anwesenden dazu auf, sich auch in der Ferne als sozialistische Patrioten zu fühlen. Die Nürnberger Nachrichten meldeten weiter: „Der Gast [Tomic Dragan] gab in seiner Ansprache auch zu verstehen, daß man in der Heimat nach der ‚besten Systemlösung für die Rückkehrer‘ suche und man alles unternehme, um sie nach ihrer Heimkehr wieder zu integrieren“ (Nürnberger Nachrichten 1988). Für Vesna, die sich in solchen Situationen zweifelsfrei als Kroatin versteht, war das Fest keine fröhliche Feier. Offensichtlich hatte der jugoslawische Staat großes Interesse, dass möglichst viele zu dem Fest erschienen. Er selbst nutzte es, um sich zu präsentieren und die jugoslawische Einheit zu feiern. So weit, so gut. Doch was kann ein Staat tun, wenn die Festgesellschaft nicht erscheinen will? Hätte man allen Fernbleibern den Pass entziehen sollen? Hätte man Listen führen sollen? Selbst wenn es sich Staatsverwalter im Wahn gewünscht hätten, es wäre nicht ernsthaft durchzuführen gewesen, auch weil nicht die Möglichkeit bestand, jeden Einzelfall zu prüfen. Völlig abwegig ist der Gedanke aber nicht, denn aus den Diktaturen Osteuropas ist bekannt, dass sie für genau solche Fälle mit der Bildung von Organisationen begannen und sich auch daran ökonomisch zugrunde richteten, weil der Apparat zu teuer wurde. Speziell im Ausland musste der Druck in Bereichen ansetzen, in denen man Zugriff auf Individuen und Sanktionsmittel gegen sie zur Hand hat. In diesem Moment springt die Willkür vom politischen System auf andere soziale Systeme über. Diese werden dadurch ebenfalls zu politischen Systemen, weil sie sich nicht mehr an ihrem eigenen Code orientieren. Genau das widerfuhr Vesna. Ihr Fernbleiben wurde in einem Bereich sanktioniert, der nichts mit dem Fest zu tun hatte. Es war schließlich kein Schulausflug geplant und auch keine Aufführung geprobt worden. Es ging allein um das Erscheinen beim Fest. So betrachtet verwundert es nicht mehr, dass Vesna die Benotung negativ bewertet. Sie ist ungerecht, weil die Lehrerin mittels der Schulnote ein Verhalten bestrafte, das mit der Schulnote, der schulischen Selbstbeschreibung nach, nicht bewertet werden darf. Heute hat Vesna nur noch ein distanziertes Lächeln dafür übrig und will weder anhand dieser Geschichte noch anhand anderer Ereignisse davon reden, dass sie in der Schule „verserbt“ worden sei.

Ihre heutige Milde in allen Ehren, doch wieso erhoben weder Vesna noch ihre Eltern damals Einspruch gegen diese angekündigte und damit vorsätzliche Ungerechtigkeit? Man mag argumentieren, dass Ungerechtigkeiten unzählige Male geschehen. Intendiert, wie in diesem Fall und unintendiert in anderen Fällen. Man kann argumentieren, dass Kinder lernen müssen mit Ungerechtigkeiten umzugehen, dass die Note nicht der Rede wert war, dass die Lehrerin als Respektsperson galt, dass die Eltern vielleicht gar nicht darum wussten oder dass die Tochter zu schüchtern war. Für den Einzelfall sind viele Erklärungen denkbar, aber ist der Einzelfall nicht ein weiteres Indiz dafür, dass hier die Struktur abermals die Form Willkür hatte? Dies mag im ersten Moment paradox klingen, weil mit Struktur meist eine positive Ordnung oder ein starres Regime assoziiert wird, nicht aber Chaos oder Willkür. Daher ist fein zu unterscheiden. Die Struk-

tur ist nicht willkürlich. Sie hat die *Form* von Willkür, weil Migrant*innen Willkür erwarten – aus guten Gründen, wie die Fälle zeigen. Im Einzelfall wird es Vesna möglich gewesen sein aus diesem Fall zu lernen und ihre Erwartungsstrukturen anzupassen. So wird sie daraus die Lehre gezogen haben, dass sie von dieser Lehrerin nicht allein für ihre schulischen Leistungen Noten erhielt, sondern auch ihr Freizeitverhalten mit richtig/falsch bewertet wurde. Im Einzelfall kann die Willkür durch Lernen und Identifizieren (diese eine Lehrerin) begrenzt werden, doch der Fall ist damit noch nicht aus der Welt. So wie die Politik in die Schule springt, könnte eine elterliche Beschwerde zu weiteren Übersprüngen führen. Alle wussten, dass die Lehrerin qua Amt eng mit dem jugoslawischen Konsulat verbunden war, sodass auch hier Egos Erwarten von Alters Reaktionen dazu führte, dass sich das repressive System stabilisierte. Erneut reichen die Erwartungen von etwas aus. Eine tägliche Strafe ist gar nicht nötig. Zudem widerfuhr Vesnas Familie noch andere Erlebnisse, die ihnen ihre Handlungsspielräume deutlich aufzeigten.

Vesna Babić: [...] und dann hattest du halt ein bisschen Schwierigkeiten, wenn du einen Pass haben wolltest [...] und das kenne ich von meinem Vater. Als er seinen Pass erneuert haben wollte, dass die dann ein bisschen, naja, es hat ein bisschen länger gedauert, sagen wir es einmal so herum. Es kann natürlich sein, dass es eben... also der Fußballverein, der hieß früher Dynamo und dann hat er ihn, dann hat er einen Antrag gestellt bei der Stadt, dass er ihn umbenennen will, in „Croatia“, das war bei der Stadt. Das war glaube ich 85 oder 87, also vor dem Krieg. Aber da gab es schon diese Zerstörungen unten sage ich einmal, das gab es schon.[...] Ähm, ja, so in der Art und von der Stadt kam dann als erstes eine Ablehnung.

PG: Von der Stadt!?

VB: Ja. Weil das ein bisschen... es war politisch und wieso und überhaupt das jetzt Kroatien, also Croatia heißen sollte? Also einfach so ging das nicht, es hat schon bisschen gedauert, bis sie den Fußballclub umbenennen durften, aber am Ende hat es geklappt und dann hat mein Vater, ja wie soll ich jetzt sagen, du kennst ganz bestimmt diese Šahovnica, dieses Schachfeld?¹

PG: Mmh, ja!

VB: ...und das wollte er unbedingt auf diesen Trikots haben und das ging natürlich auch nicht und das haben wir dann ein bisschen gelassen, bis die Situation kam, dass man es dann eben nehmen konnte. Ja so war das!

Wie die Willkürstruktur es in sich hat, sind die Informationswege nicht zu erkennen. Wer also mit wem sprach, wer wen dirigierte und instruierte, ist nicht zu

1 Gemeint ist ein Teil des kroatischen Wappens. Das komplette Wappen besteht aus sechs Teilwappen. Fünf Teilwappen symbolisieren die historischen Regionen Kroatiens und sind über dem Hauptwappen, dem hier angesprochenen rot-weißen Schachbrettmuster (Šahovnica), platziert. Das Schachbrett besteht aus 25 rot-weißen Feldern, welche die historischen Provinzen Kroatiens, also die Banate, repräsentieren.

klären. Aber dass seitens der deutschen Kommunalverwaltung Einspruch gegen den Vereinsnamen erhoben wird, ohne dass eine klare Satzung dies regeln würde, zeigt wie weit das Reich der Willkür sich ausgebreitet hatte. Auch Jagoda Lajić berichtete von dem Fall. Wie es nun wirklich war, lässt sich aus den beiden Erzählungen nicht rekonstruieren. Auch der oft geäußerte Vorwurf, dass das jugoslawische Konsulat hohen Druck auf die Nürnberger Kommunalverwaltung ausübte und davon vor allem Jugoslawen beziehungsweise Serben profitierten, lässt sich nicht beweisen. Aber nicht nur das Sanktionsmittel des Pässeinzuges erscheint hier, sondern auch die Möglichkeit, bei einer Rückkehr nach Jugoslawien inhaftiert zu werden, weil man sich in Deutschland nicht wunschgemäß verhielt. Willkür allüberall und fast nie zu greifen.

Jagoda Lajić: [...] Und mein Mann hat hier und noch ein paar andere, haben sie auch einen zweiten Sportverein einen kroatischen gegründet, weil der erste Sportverein hieß Croatia und dann sind ein paar Männer im Gefängnis gelandet und der Rest wurde gezwungen den Namen umzuändern.

PG: Hier oder...

JL: Hier in Nürnberg. Und, also die in Jugoslawien sind die Leute im Gefängnis, sobald sie da nach unten gingen, sind sie im Gefängnis gelandet. Eine ist drinnen gestorben nach etlichen Jahren und zwei sind durchgeknallt und krank. Und ich glaube, drei waren es, und eine ist sogar zurückgekehrt hier, der war Ingenieur der ist kürzlich, voriges Jahr gestorben, weil seine Frau die ganze Zeit hier war und die anderen wurde die ganze Zeit beobachtet, die haben den Namen Croatia in den Namen Hajduk genannt und die haben sich sehr fern, also das waren zwar Kroaten, aber haben sich sehr fern der Mission in der Kirche gehalten.

Resümee: Erlernte Unauffälligkeit als Grund der Nicht-Thematisierung

Das politische System Jugoslawiens verstand es auch im Ausland, seine Staatsbürger zu integrieren. Es war somit transnational. Es stimmt, dass Staatlichkeit ohne Territorium nicht zu denken ist. Aber es stimmt auch, dass soziale Systeme ihre Grenzen sinnhaft, und somit in der Kommunikation, bestimmen. Nur die Kommunikation ermöglichte es Jugoslawien, über seine territorialen Grenzen hinaus auf seine Bürger einzuwirken. Allerdings nur, wenn sie in irgendeiner Form noch mit Jugoslawien verbunden waren. Es wäre sicher verfehlt, alle Migranten als politische Flüchtlinge zu bezeichnen und ihr Leben als ein Leben im Angstzustand zu beschreiben. Doch solange sich ihnen kein Ausweg in eine andere Staatsbürgerschaft bot, und das war im Wesentlichen während dieser Zeit der Fall, waren sie der Autorität und der Willkür des jugoslawischen Staates ausgeliefert. Wer jederzeit und friktionslos nach Jugoslawien zurückkehren wollte, musste Teile seiner Lebensplanung opportunistisch gestalten und darauf achten, nicht zu viel Unmut zu erregen.

Die facettenreichen Einzelfälle deuten darauf hin, dass die starke transnationale Integration nur funktionieren konnte, weil der jugoslawische Staat ein undemokratischer Staat war. Dies bedeutet umgekehrt, dass eine Trennung der Funktionssysteme nicht gegeben war, dass zum Beispiel die Politik über ihre Macht und nicht über Gesetzestexte das Rechtssystem beeinflusste. Das geschilderte Ausmaß an politischer Willkür ist in diesem Fall heute nicht mehr zu finden. Die Nachfolgestaaten Jugoslawiens sind heute weitgehend demokratische Staaten. Doch nicht nur Jugoslawien hat sich verändert, auch andere Strukturentwicklungen schieben dieser Willkür einen Riegel vor. Andere Staatsbürgerschaften – und allen Widrigkeiten zum Trotz auch die deutsche – werden immer leichter vergeben. Wenn also die Inklusionsschwelle einer neuen Staatsbürgerschaft sinkt, verliert die aktuelle Inklusionssituation ihre Exklusivität und wird substituierbar.

Die dargestellten Fälle, ihre allgemeine Relevanz zum Verständnis der jugoslawischen Migrationsgeschichte und die daraus gewonnenen Erkenntnisse in Bezug auf Willkür, Anpassungsvermögen und Erwartungshaltungen ebnen den Weg zu einer weiteren, wichtigen, aber gewagten These. Die Frage, auf welche die These eine Antwort geben soll, stellt sich, wenn man die öffentliche und auch wissenschaftliche Thematisierung von migranten Problemgruppen betrachtet und diese mit sozialstrukturellen Indizes der Migrantengruppen in Verbindung bringt. Man möchte doch vermuten, dass es hier wenigstens einen kleinen Zusammenhang gibt, dass also soziale Probleme zu einer Problemwahrnehmung führen. Von diesem Zusammenhang geht auch die Erklärung aus, dass Jugoslawen keine öffentliche oder wissenschaftliche Aufmerksamkeit erregten, weil sie sich vorbildlich und schnell integrierten, weil sich also die Indizes sozialstruktureller Ungleichheit zügig verringerten. In den Anfangsjahren der jugoslawischen Migration kann tatsächlich beides beobachtet werden: Jugoslawen scheinen sich besonders schnell zu assimilieren und gelten vielfach als Musterknaben der Integration. Ihre Probleme, meist gemessen mit Ungleichheitsindikatoren, sind gering und die Problemwahrnehmung ist entsprechend. In den 1990er Jahren gerät der Anpassungsprozess jedoch ins Stocken und die Indizes sozialer Ungleichheit verschlechtern sich deutlich. Ein Gewinn an öffentlicher oder wissenschaftlicher Aufmerksamkeit geht damit aber nicht einher. Die sozialstrukturellen Daten haben gewiss ihre Tücken. Vielfach ist aus ihnen nicht zu entnehmen, dass sich die Gruppenzusammensetzung der noch immer pauschal als Jugoslawen bezeichneten Migranten mehrfach extrem stark veränderte. Die Indizes verweisen dann auf die Veränderungen der *Gruppenzusammensetzung*, die sich aus der regen Migration zwischen Deutschland und Jugoslawien ergab und mit Selektionsprozessen verbunden war, aber die Durchschnittswerte geben keinen Aufschluss über individuelle Integrationsverläufe.² Davon aber abgesehen ist eine Korrelation zwi-

2 Akzeptiert man diese Problematik als nicht zu änderndes Übel und berücksichtigt gruppenspezifische Besonderheiten, dann bieten die Durchschnittswerte interessan-

schen als problematisch empfundener Ungleichheit (die sich in der Statistik niederschlägt) und wissenschaftlicher oder öffentlicher Aufmerksamkeit nicht mehr zu erkennen, sodass retrospektiv auch das alte Argument der zügigen Assimilation als Grund der Nicht-Thematisierung brüchig wird.

Im Lichte dieser verschiedenen Aspekte lautet die neue These wie folgt: Die Identifizierung von Problemgruppen ist eine interne behördenspezifische (und hier vor allem ausländerbehördliche) Beobachtung, die nur vage mit den externen Problemen und damit den sozialstrukturellen Kennziffern der betreffenden Gruppe korreliert. Die Nicht-Thematisierung von Jugoslawen im Kontext von Integration und Assimilation ist somit vielmehr der Tatsache geschuldet, dass jugoslawische Staatsbürger im Umgang mit ihrer eigenen autoritären Bürokratie sehr gut gelernt hatten, wie mit Obrigkeiten allgemein umzugehen ist. Diese erlernten Erwartungsstrukturen halfen ihnen nun auch in Deutschland, weil sie die Gefahr behördlicher Willkür antizipierten. Wann immer es ging, wollten sie unauffällig bleiben. Vermutlich erregten sie deshalb weniger Aufmerksamkeit in deutschen Behörden als andere Migrantengruppen, ganz gleich, wie sie behandelt wurden. Die öffentliche und wissenschaftliche Nicht-Thematisierung ist dann wenigstens zum Teil mit behördlicher Unauffälligkeit von Jugoslawen zu erklären, korreliert aber nicht mit ihren Problemen und ihrer sozialen Lage.

Selbstintegration zwecks Remigration – Bildung und Immobilien

Im vorherigen Kapitel wurden die Folgen untersucht, die sich aus der formalen Mitgliedschaft in der ‚Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija‘ ergaben. An Beispielen konnte gezeigt werden, wie das autoritäre Regime Jugoslawien ‚seine‘ Migranten im Ausland integrierte. Jenseits der staatlichen Zwangsintegration trafen Migranten freiwillig integrative Entscheidungen. Wenn hier Zwang und Freiwilligkeit angesprochen werden, dann ist damit keine echte Dichotomie gemeint. Vielmehr sind die beiden Begriffe die Endpunkte auf einer Bewertungsskala mit vielen Nuancen. Weil im Rahmen der Systemtheorie davon ausgegangen wird, dass es zwischen Systemen *niemals* Instruktion, wohl aber Destruktion geben kann, handelt es sich bei allen Anpassungs- oder Abweichungsleistungen *immer* um Selbstsozialisationen der betreffenden Personen. Jede und jeder hätte immer auch anders gekonnt, allerdings, und darauf spitzt sich das Problem zu, um den Preis der Destruktion. Akzeptiert man diese Fassung von Selbstsozialisation, dann müssen Personen stets die Folgen ihres Handelns abwägen, ohne sie allerdings voll beeinflussen zu können. Sie müssen sich fragen, was aus einer politischen Haft oder was aus einer Scheidung folgt. Jetzt wird deutlich, dass die

te Einblicke in den Integrationsverlauf der verschiedenen Migrantengruppen (vgl. Kalter/Granato 2004; Kristen/Granato 2004).